

Beschluss der Fachkräfteallianz Sachsen

Thema: „Schulische Bildung/Duale Berufsausbildung“

vom 10. November 2017

Fachkräftesicherung bedarf einer modernen Schul- und Lernkultur, einer hohen Qualität und Durchlässigkeit der unterschiedlichen schulischen und beruflichen Bildungswege sowie der Stärkung und Aufwertung der dualen Ausbildung. Darauf haben sich die Mitglieder der Fachkräfteallianz Sachsen mit der Gemeinsamen Erklärung vom 7. April 2016 verständigt.

Schule muss noch besser in die Lage versetzt werden, sich den gesellschaftlichen Veränderungen flexibel zu stellen, um die aktuellen und künftigen Herausforderungen zu meistern. Weiterhin ist die Gewährleistung einer den individuellen Voraussetzungen entsprechenden bestmöglichen Förderung aller Schülerinnen und Schüler eine wichtige Grundlage für den Schul- und Ausbildungserfolg.

Die duale Berufsausbildung gilt als Erfolgsmodell für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Deutschland. Darüber hinaus ist der Blick auch auf den Bereich Gesundheit und Soziales zu richten, in dem die Ausbildung überwiegend schulisch erfolgt.

Es ist anzustreben, dass alle für eine Ausbildung in Frage kommenden jungen Menschen frühzeitig angesprochen werden und alle Ausbildungssuchenden die Möglichkeit erhalten, eine berufsqualifizierende Ausbildung zu beginnen sowie erfolgreich abzuschließen.

Vor diesem Hintergrund nehmen die Mitglieder der Fachkräfteallianz die an den verschiedenen Stellen in den zurückliegenden Jahren ergriffenen Maßnahmen z. B. im Bereich der Kooperation von Schule und Wirtschaft als wichtige Grundlage zur Kenntnis. Sie setzen sich darüber hinaus gemeinsam und in ihren Wirkungskreisen für die Umsetzung dieses Beschlusses in den nachfolgend beschriebenen Handlungsfeldern ein:

Qualität der schulischen Ausbildung sichern

Die schulische Ausbildung im Freistaat Sachsen hat eine hohe Qualität, die es zu bewahren und weiterzuentwickeln gilt. Gegenwärtig kann der Bedarf an qualifizierten Lehrern und Lehrerinnen nicht gedeckt werden. Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, wie die Migration von Flüchtlingen und von EU-Bürgern, die Inklusion, die Digitalisierung und die Globalisierung erfordern in besonderer Weise eine Unterstützung des schulischen Bereichs. Hinzu kommt eine zunehmende Ausdifferenzierung von familiären Lebenslagen, die sich unmittelbar auf die Lernbedingungen junger Menschen auswirkt und das Risiko dauerhafter Bildungs- und Teilhabebenachteiligungen bedeuten kann.

Die Fachkräfteallianz Sachsen

empfiehlt der Staatsregierung,

- auf eine Optimierung der Auswahl von Studierenden für das Lehramtsstudium, insbesondere für Oberschulen hinzuwirken und dabei hauptsächlich auf eine stärkere Gewichtung praktischer Qualifikationen und sozialer Kompetenzen neben Abschlussnoten zu achten,
- auf die Hochschulen bzgl. einer regelmäßigen Evaluierung der Studieninhalte und –anforderungen bei Lehramtsstudiengängen einzuwirken,

- die Anforderungen in den Lehramtsprüfungsverordnungen zu überprüfen und ggf. weiterzuentwickeln,
- Seiteneinsteiger bzw. Seiteneinsteigerinnen auf ihre Tätigkeit hinreichend vorzubereiten sowie sie berufsbegleitend – vergleichend zu den Anforderungen der grundständigen Ausbildung - zu qualifizieren. Dabei zielt die Qualifizierung auf die Gleichstellung mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften,
- die systematische Fortbildung aller Lehrkräfte zu gewährleisten,
- das Konzept zur Umsetzung der Inklusion an den Schulen weiterzuentwickeln und schrittweise umzusetzen sowie die dafür notwendigen Personalressourcen vorzuhalten,
- Schulsozialarbeit als schulisches Regelangebot in allen Schularten bzw. Schulen bedarfsgerecht auszubauen,
- den fachlichen Austausch und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und freien Schulen zu fördern,
- alle Anstrengungen zu unternehmen, die Quote der Schüler und Schülerinnen ohne Abschluss spürbar zu verringern,
- die Entwicklung und Förderung sozialer Kompetenzen in den Lehrplänen stärker zu gewichten sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte in diesem Sinne zu qualifizieren;

unterstützt

- die Aufstellung des Konzeptes „Medienbildung und Digitalisierung in der Schule“ durch das SMK und ist bereit, sich aktiv in die Diskussion einzubringen und an der Umsetzung mitzuwirken,
- insbesondere die Forderung, bis 2020 alle Schulen im Freistaat Sachsen mit Breitbandzugang für Internet auszustatten;

bittet das SMWK, die IHK, die HWK, den DGB, den SSG und den SLKT als Mitglieder der AG Bildung des Beirates für Digitale Wertschöpfung

- um Unterstützung bei der Erfassung der Anforderungen der Digitalisierung, damit konkrete Maßnahmen für die schulische Bildung der Schüler und Schülerinnen sowie die Ausbildung der Lehrkräfte abgestimmt werden können und
- die Fachkräfteallianz Sachsen über wesentliche Ergebnisse zu informieren.

Attraktivität der Oberschulen verbessern

Das sächsische Schulsystem bietet mit Oberschulen und Gymnasien als weiterführende Schulen gleichwertige Bildungswege an. Die Oberschule vermittelt eine allgemeine und berufsvorbereitende Bildung. Schüler und Schülerinnen mit entsprechenden Leistungen und Absichten bereitet sie auf den Übergang an weiterführende Schulen vor. Demgegenüber führt das Gymnasium auf direktem Weg zum Abitur. Die Oberschulen sind das Kernstück des sächsischen Bildungssystems und bereiten in besonderem Maße die künftigen Arbeitskräfte auf eine Tätigkeit in kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen vor. Die Oberschulen sind daher in ihrer Attraktivität weiter zu stärken.

Deshalb bittet die Fachkräfteallianz Sachsen das SMK,

- die Eltern bei der Entscheidung über die Schullaufbahn ihrer Kinder bestmöglich zu unterstützen. Dazu gehören insbesondere individuelle Beratungsangebote sowie sachgerechte Informationen über die Anforderungen des Gymnasiums, die mit dem Besuch der Oberschule verbundenen Chancen sowie die Möglichkeiten und Perspektiven einer künftigen beruflichen Bildung,
- die Mitwirkungsmöglichkeiten des Schulleiters bzw. der Schulleiterin bei der Festlegung der Klassenstärke im Einzelfall unter Berücksichtigung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Betreuungsbedarf zu erweitern,

- die Berücksichtigung der familiären Lebenslagen von Schülerinnen und Schülern stärker in die Bildungsbegleitung einzubinden.

Berufsorientierung weiterentwickeln

In den letzten Jahren haben sich bereits viele Partner mit unterschiedlichen Methoden und Angeboten eingebracht.

Die Mitglieder der Fachkräfteallianz Sachsen schätzen die Erfolge der Berufs- und Studienorientierung bei Absolventen sächsischer Schulen dennoch als noch nicht ausreichend ein. Nicht ausreichende Kenntnisse über die Inhalte und Anforderungen des gewählten Bildungsweges bzw. die verfehlte Einschätzung des eigenen Leistungsvermögens können u.a. zu Abbrüchen führen.

An Gymnasien findet in der Regel Berufs- und Studienorientierung mit dem Fokus auf ein Studium bzw. auf eine akademische Laufbahn statt. Die Fachkräfteallianz begrüßt deshalb die im novellierten Schulgesetz für den Freistaat Sachsen vorgenommene Klarstellung, dass das Zusammenarbeitsgebot an den Gymnasien nicht nur der Studienorientierung, sondern auch der Berufsorientierung dient.

Die Fachkräfteallianz Sachsen

empfiehlt dem SMK,

- in Umsetzung des Schulgesetzes eine verbindliche und die Interessen der Schüler bzw. Schülerinnen und Eltern berücksichtigende Berufs- und Studienorientierung an den Gymnasien zu etablieren. Diese erfolgt durch geeignete Lehrkräfte, die Berufsberater bzw. -beraterinnen der Agentur für Arbeit und alternatives Fachpersonal mit institutioneller Anbindung an die Schulen, schließt neben der Studienberatung ausdrücklich die Beratung über berufliche Ausbildung ein und berücksichtigt dabei auch die jeweilige regionale Wirtschaftsstruktur,
- die Jugendberufsagenturen¹ bei der Durchführung passgenauer, maßgeschneiderter und gebündelter Informations-, Beratungs-, Förder- und Begleitangebote zur Berufsorientierung an den Schulen zu unterstützen,
- die Einführung bzw. Verstetigung der Praxisberatung über die Oberschulen hinaus auch in anderen Schularten zu prüfen;

ermutigt das SMK sowie die Wirtschafts- und Sozialpartner

- auf die Schulen und Unternehmen einzuwirken, Berufsorientierung in stabilen Partnerschaften mit regionalen Unternehmen und Berufsschulzentren zu planen, Qualitätsstandards für Praktika zu sichern und neue Modelle für Praktika umzusetzen (z.B. überbetriebliche Praktika oder die verstärkte Durchführung regelmäßiger Praxistage anstelle des zweiwöchigen Betriebspraktikums),
- die Vorgabe bzw. Durchführung von verbindlichen Praktika für die allgemeinbildenden Schulen zu erweitern;

appelliert an die Wirtschafts- und Sozialpartner

- die Zusammenarbeit von Unternehmen und anderen Arbeitgebern mit den Praxisberatern bzw. Praxisberaterinnen zu fördern, die zukünftig an Oberschulen in Sachsen eine systematische Berufsorientierung unterstützen werden;

¹ Vereinbarung zur Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen im Freistaat Sachsen zwischen den Staatsministerien für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, für Kultus und für Soziales und Verbraucherschutz und der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit sowie den Kommunalen Spitzenverbänden vom 6. Januar 2017. Sächsisches Amtsblatt Nr. 4/2017 vom 26. Januar 2017, S. 133 ff.

bittet die kommunalen Spitzenverbände

- sich zur Stärkung des Beratungsortes Schule für die Bereitstellung geeigneter Räume mit Internetzugang für die Beratungsangebote der Berufsberatung der Agenturen für Arbeit vorrangig in den Schulen einzusetzen.

Die Fachkräfteallianz Sachsen wird **als gemeinsame Initiative** insbesondere unter Beteiligung des SMK, des SMWA, der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, der kommunalen Spitzenverbände sowie der Wirtschafts- und Sozialpartner eine Erneuerung und Erweiterung der Vereinbarung zwischen der Sächsischen Staatsregierung und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Sachsen von 2009 zur Berufs- und Studienorientierung unter Anpassung an die aktuellen Entwicklungen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes vorbereiten und dabei insbesondere die kommunalen Aktivitäten in die Vereinbarung einbeziehen.

Abbrüche reduzieren – Übergänge unterstützen

Aus ganz unterschiedlichen Gründen beenden viele junge Menschen ihre berufliche Ausbildung oder ihr Studium ohne Abschluss. Während viele einen Neustart wagen, finden manche nach einem Ausbildungs- oder Studienabbruch nur schwer ihren Weg in den Arbeitsmarkt. Die Mitglieder der Fachkräfteallianz unterstützen die Bestrebungen, junge Menschen in Ausbildung und Studium zu begleiten, um Abbrüche nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. ihnen im Anschluss eine neue Perspektive zu eröffnen. Zur Bündelung der verschiedenen Informations-Beratungs-, Qualifizierungs- und Begleitangebote vor Ort können die Jugendberufsagenturen einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Fachkräfteallianz Sachsen

bittet die Staatsregierung und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit,

- sich weiterhin für die Weiterentwicklung bzw. Verstetigung des Konzeptes der assistierten Ausbildung gemäß § 130 SGB III einzusetzen und dabei u.a. branchenspezifische Lösungen zuzulassen,
- neben den Angeboten aus dem SGB II und SGB III die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit zu stärken, die als Angebot der Jugendhilfe auf die Entwicklung der Persönlichkeit und die Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung abzielt. Dazu gehört z.B. der Erhalt und Ausbau bewährter Angebote wie Jugendwerkstätten sowie produktionsschulorientierte Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte, die besonders geeignet sind, benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf auf Ausbildung und Arbeit vorzubereiten,
- die Weiterführung der Berufseinstiegsbegleitung sicher zu stellen;

regt das SMK sowie die Wirtschafts- und Sozialpartner an,

- die bewährte Zusammenarbeit der Berufsschulen mit den Ausbildungsbetrieben weiter zu fördern und insbesondere mit dem Ziel zu stärken, Ausbildungsabbrüchen vorzubeugen bzw. diese zu vermeiden;

fordert die Wirtschaftspartner- und Sozialpartner auf,

- ebenfalls zur Prävention von Ausbildungsabbrüchen in ihrem jeweiligen Wirkungskreis zusätzliche Maßnahmen zur Qualitätsförderung und zur Reduzierung partiell auftretender Mängel in Bezug auf den berufspraktischen Ausbildungsteil durchzuführen (z. B. intensivierte Fortbildung von betrieblichen Ausbildern zum Thema Konfliktmanagement oder verstärkte Umsetzung der bestehenden Mediationsangebote);

bittet das SMWK und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit,

- auf die Weiterentwicklung der Kooperationsvereinbarungen zwischen den Arbeitsagenturen und den Hochschulen hinzuwirken. Danach sollen Studienabbrecher auch in (duale) Ausbildungsberufe vermittelt werden;

bittet SMK, SMS, SMWA, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit sowie die kommunalen Spitzenverbände als Träger der Landesvereinbarung zur Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen im Freistaat Sachsen

- in die nächste Sitzung der Fachkräfteallianz Sachsen konzeptionelle Vorschläge zur künftigen systematischen Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen in Sachsen einzubringen,
- Anregungen der Fachkräfteallianz in den Entwurf eines Landeskonzeptes zur Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen einzubinden;

appelliert an die Staatsregierung,

- den Anpassungsbedarf bei gesetzlichen Unterstützungsleistungen für Unterkunft und Verpflegung bei auswärtiger Unterbringung von Auszubildenden gemäß Sächsischer Unterbringungsverordnung zu prüfen sowie gegebenenfalls die Regelungen der Sächsischen Unterbringungsverordnung entsprechend zu ändern,
- eine zusätzliche Unterstützung beim Anfallen von Fahrtkosten zur auswärtigen Berufsschule insbesondere mit dem Individualverkehr zu erwägen;
- sich weiterhin für die Einführung eines Azubi-Tickets für den ÖPNV, parallel zur Fahrpreismäßigung für Schüler oder zu den Semestertickets für Studenten, einzusetzen und insbesondere Varianten bezüglich der Finanzierung des Azubi-Tickets zu erarbeiten.

Stärkung der dualen Berufsausbildung und gleichberechtigte Weiterentwicklung der Ausbildung in den Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens

Die Mitglieder der Fachkräfteallianz bewerten das System der dualen Berufsausbildung als eine wichtige Säule zur Gewinnung von gut ausgebildeten Fachkräften für Unternehmen. Die duale Berufsausbildung steht jedoch vor zahlreichen Herausforderungen. Aufgabe ist es daher, das duale Ausbildungssystem so zu stärken und weiterzuentwickeln, dass es attraktive Perspektiven für alle Jugendliche anbieten kann. Um die Attraktivität dualer Ausbildungen erkennbar zu erhöhen bedarf es langfristiger Strategien, die landesintern sowie bundesweit zu entwickeln und auch aktiv einzubringen sind.

Die Berufe des Sozial- und Gesundheitswesens sind ein selbstverständlicher Bestandteil unseres Ausbildungssystems, nehmen aber nach wie vor eine Sonderstellung ein, da sie vom Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und der Handwerksordnung (HWO) ausgeschlossen sind. Die Ausbildungen in Gesundheitsfachberufen unterliegen aktuell bundesrechtlichen Regelungen, die der Berufe des Sozialwesens landesrechtlichen Normen. Unabhängig von der inhaltlichen Ausrichtung sind diese Ausbildungen in ihrem strukturellen Aufbau mit dualen Ausbildungsberufen nach BBiG und HWO durchaus vergleichbar.

Die Qualität beider Ausbildungswege ist weiterzuentwickeln. Ausbildung darf durch ungünstige Rahmenbedingungen wie z.B. weite Wege zu Beruflichen Schulzentren infolge der Konzentration von Ausbildungseinrichtungen auf einzelne Standorte, nicht unzumutbar erschwert werden.

Die Fachkräfteallianz Sachsen

empfiehlt dem SMK,

- bei der Schulnetzplanung der berufsbildenden Schulen besonderes Augenmerk auf eine Ausgeglichenheit zwischen städtischen und ländlichen Regionen zu legen,
- auf die wachsenden Anforderungen der dualen Berufsausbildung mit verstärkten Anstrengungen bei der Gewinnung von gut qualifizierten Berufsschullehrern bzw. -lehrerinnen, insbesondere im gewerblich-technischen Bereich, zu reagieren.

Sie ermutigt die Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit,

- ihre Beratungs- und Förderangebote für die Auszubildenden an den Berufs- und Berufsfachschulen zu stärken.

Sie empfiehlt der Staatsregierung,

- initiativ zu werden, so dass der Bundestag in der kommenden Legislaturperiode eine Enquete-Kommission einberuft, die die Perspektiven und den Handlungsrahmen für eine attraktive Berufsausbildung für morgen diskutiert und beschreibt. Die Gesundheitsfachberufe und die sozialen Berufe müssen Teil dieser breit angelegten Diskussion sein.

Die Mitglieder der Fachkräfteallianz unterstützen Bestrebungen der Staatsregierung, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass sich auch die Ausbildungen in den Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens durchgängig an einer einheitlichen Ordnungssystematik orientieren und von einer Gesetzgebung für alle Berufe erfasst werden. Die entsprechenden Vorschläge des Landesausschusses für Berufsbildung in seinem Positionspapier „Mut zu Veränderungen“ vom 8. Juli 2014 können der Staatsregierung als Leitfaden für ihre weiteren Bemühungen dienen.

Die schulische und berufliche Ausbildung auf die Zukunft ausrichten

Unsere Gesellschaft, und damit auch die Arbeitswelt, sind u. a. durch Digitalisierung, Demografie und Migration vielfältigen Veränderungen unterworfen. Auf diese Herausforderungen muss die schulische und berufliche Ausbildung junge Menschen vorbereiten. Um die Anforderungen der Zukunft zu bestehen, müssen junge Menschen soziale Kompetenzen erwerben und Verantwortung lernen sowie eine Persönlichkeit ausbilden, die mit Veränderungen umgehen kann und über ein grundlegendes sowie anwendungsorientiertes Wissen verfügt, dass in viele Richtungen anschlussfähig ist.

Die Mitglieder der Fachkräfteallianz setzen sich in ihren Wirkungskreisen dafür ein, gemeinsame Konzepte zu entwickeln, die diesem Anspruch genügen.